

# Arbeitsschwerpunkte 2019/20

Beschluss der EBD-Mitgliederversammlung am 24. Juni 2019

---

## Hintergrund

Die von der Mitgliederversammlung (nach § 10 Satzung) zu beschließenden Arbeitsschwerpunkte der EBD orientieren sich an den Politischen Forderungen und bilden damit ab, wie die EBD zu deren Umsetzung beitragen wird.

Grundlage aller Aktivitäten der EBD sind die Satzung und die vom Vorstand beschlossene und mit dem Auswärtigen Amt vereinbarte Zielvereinbarung 2018-20.

Die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung als institutionellem Partner, den Mitgliedsorganisationen und der Europäischen Bewegung International (EMI) werden bei allen Arbeitsschwerpunkten stets mitberücksichtigt. Die Expertise der Mitglieder und die Impulse aus den Projekten der EBD – insbesondere das College of Europe, der Europäischen Wettbewerb und der Preis Frauen Europas – wird so breit wie möglich eingefordert. Alle Arbeitsbereiche der EBD und die bewährten Formate (wie z.B. EBD De-Briefings im Rahmen des „Konzeptes Europa-kommunikation und Europäische Vorausschau“ (EKEV)) werden in die Umsetzung der Arbeitsschwerpunkte einbezogen.

---

## 1 Die Europäischen Werte und Grundrechte achten

### Wir fordern:

- Der 9. Mai sollte als einheitlicher europäischer Feiertag zu einem aktiven Festtag der Bürgerinnen und Bürger für die europäischen Werte und die freiheitlich demokratische Grundordnung in der EU etabliert werden.
- Die Europäische Union und ihre Institutionen müssen sich, ebenso wie mitglied- und nichtstaatliche Akteurinnen und Akteure, stärker und gezielt für die Wahrung und Förderung der europäischen Werte und Grundrechte in den Mitgliedstaaten und den Beitrittskandidaten einsetzen.
- Die EU-Institutionen müssen den Rechtsstaatsmechanismus (Art. 7 EUV) konsequent anwenden. Der nächste Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) sollte dabei auch Raum für finanzielle Sanktionen oder eine durch die EU-Kommission gesteuerte Vergabe von Kohäsionsmitteln eruieren, die an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit geknüpft sein sollten.
- Bei Beitrittsverhandlungen sollen diejenigen Kapitel, die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie betreffen (insbesondere Kapitel 23 und 24), vorrangig verhandelt werden. Falls notwendig, sind die Beitrittsverhandlungen (bei potenziellen Beitrittskandidaten die Heranführungshilfen) einzufrieren. In diesem Zusammenhang sollte ein Klagerecht auch allen natürlichen und juristischen Personen, die von Maßnahmen unmittelbar und persönlich betroffen sind, gewährleistet werden.
- Die EU sollte dringend die Arbeit am Beitrittsübereinkommen zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) wiederaufnehmen und auf einen zeitnahen Beitritt zur EMRK hinarbeiten.
- Im Zuge einer möglichen Reform der EU-Verträge sollen die Mitgliedstaaten bei möglichen Verstößen den Europäischen Gerichtshof einschalten können, um unsere gemeinsamen Werte zu bewahren.

### **Umsetzung in den Arbeitsschwerpunkten:**

- Wir wollen den Diskurs zur Wahrung der europäischen Werte in die Öffentlichkeit tragen und die Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter unserer Mitgliedsorganisationen, unserer institutionellen Partner und der Europäischen Bewegung International (EMI) und ihrer Mitglieder stärker hörbar machen. Wir werden auf Missstände überparteilich und grenzüberschreitend hinweisen.
- Wir treten in einen engen Dialog mit dem Auswärtigen Amt, um europaweite Rechtsstaatlichkeit im deutschen Diskurs und im Rahmen einer modernen European Public Diplomacy einzufordern. Wir werben bei der Bundesregierung um das Aufsetzen gemeinsamer EBD De-Briefings zu Tagungen der Allgemeinen Räte, um einen aktuellen Fachdialog zum Thema Rechtsstaatlichkeit zu ermöglichen.
- Wir begleiten europaweit Parlaments- und Präsidentschaftswahlen aus europapolitischem Blickwinkel, erläutern die Positionen der wichtigsten Parteien und sammeln bei Bedarf Stimmen aus den Mitgliedsorganisationen, um ein Meinungsbild der deutschen Interessengruppen zu den Auswirkungen nationalistischer oder autoritärer Kandidatinnen und Kandidaten auf die Europapolitik zu erheben.
- Wir kooperieren mit den Schwesterorganisationen, die sich innerhalb der EU, aber auch in Beitrittskandidatenländern für eine wertebasierte EU engagieren.
- Wir unterstützen exemplarisch Menschen, die für europäische Werte (ein-)stehen, insbesondere die Trägerinnen des Preis Frauen Europas.

---

## **2 Europäische Demokratie und Parlamentarismus stärken**

### **Wir fordern:**

- Die Regierungen von Bund und Ländern müssen sich dafür einsetzen, dass das im Grundgesetz verankerte „Vereinte Europa“ im Sinne der pluralistischen Demokratie in der Bevölkerung lebendig und mehrheitsfähig bleibt. Demokratische Entscheidungsprozesse in der Gesellschaft wie z.B. in Verbänden und Vereinen („Demokratie im Kleinen“) stärkt dabei das Verständnis für und die Einbindung in die Politik auf allen Ebenen.
- Das Europäische Parlament als das einzige von den Bürgerinnen und Bürgern direkt legitimierte EU-Organ muss das Zentrum für parlamentarische demokratische Gesetzgebung sein und mit einem Initiativrecht ausgestattet werden.
- Parlament und Rat sollen bis 2024 ein kohärentes EU-Wahlsystem mit transnationalen Listen einführen, das die demokratische Entwicklung und Verfasstheit europäischer Parteien fördert und das Wahlalter ab 16 Jahren etabliert.
- Die Bundesregierung soll im Verbund mit möglichst vielen Mitgliedstaaten Reforminitiativen für die Demokratie in der EU initiieren und die breite gesellschaftliche Diskussion fördern. Für die Verbesserung der Demokratie und ihrer Handlungsfähigkeit in Europa dürfen Änderungen der EU-Verträge nicht ausgeschlossen werden.

### **Umsetzung in den Arbeitsschwerpunkten:**

- Wir begleiten die Konstituierung des neu gewählten Europäischen Parlaments, die Wahl seines Präsidenten oder seiner Präsidentin, die Zusammensetzung der ständigen Ausschüsse sowie die Wahl der EU-Kommission intensiv und analysieren mögliche Konsequenzen neuer Fraktionskonstellationen im Parlament.

- Anlässlich des zehnten Jahrestags des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon leisten wir Diskussionsbeiträge zu möglichen Vertragsveränderungen und werben für das Initiativrecht des Europäischen Parlaments sowie die Ausdehnung der qualifizierten Mehrheit im Rat auf weitere Politikbereiche.
- Wir begleiten proaktiv die Vorbereitungen der Bundesregierung zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020 und diskutieren mögliche Schwerpunkte aus Sicht der EBD und ihrer Mitglieder. In diesem Zusammenhang werben wir für einen stärkeren strukturierten Dialog des Rates der EU mit repräsentativen Verbänden im Sinne des „Fahrplans für die Umsetzung von Artikel 11 des Vertrags über die Europäische Union“.
- Wir unterstützen unsere Mitgliedsorganisationen bei der Durchführung von EU-Bürgerdialogen und werben für eine möglichst repräsentative und demokratisch-inklusive Ausrichtung, damit sie eine sinnvolle Ergänzung der Zukunftsdebatte zur Demokratisierung der EU bilden.
- Wir setzen den strukturierten Austausch im Multilateralen Dialog Europakommunikation (MDE) fort, auch um mit den europapolitischen Akteuren und Multiplikatoren Projekte und Maßnahmen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 abzustimmen und zu bewerben.
- Wir fördern eine stärkere Sichtbarkeit von Stellungnahmen zur aktuellen Europapolitik unterhalb der Mitgliedstaaten (z.B. zu Kohäsionsfondszahlungen, Subsidiarität etc.).
- Wir begleiten die Landtagswahlen aus europäischer Perspektive und unterstützen Mitgliedsorganisationen vor Ort dabei, für eine hohe Wahlbeteiligung zu werben.

---

## 3 Pluralismus europaweit stärken

### Wir fordern:

- Die Bundesregierung und die Institutionen der Europäischen Union müssen entschlossen die pluralistische Demokratie auf allen Ebenen fördern und Halbwahrheiten sowie antidemokratische Desinformationen enttarnen.
- Die Europäische Union soll zur Stärkung des Medienpluralismus und der Medienqualität einen unabhängigen Förderfonds für investigativen Journalismus einrichten, um die Unabhängigkeit der Berichterstattung grenzüberschreitend zu fördern.
- Unabhängige öffentlich-rechtliche Medien müssen vertraglich abgesichert und unter der Selbstverpflichtung höchster journalistischer Standards miteinander verbunden werden. Über eine gemeinsame Plattform sollen sie gemeinsame Nachrichten-, Bildungs- und Dokumentationsangebote entwickeln und anbieten.

### Umsetzung in den Arbeitsschwerpunkten:

- Wir erarbeiten Eckpunkte zur Schaffung eines europäischen Verbundes öffentlich-rechtlicher Medien.
- Wir unterstützen die Forderung nach mehr Vielsprachigkeit im europäischen Entscheidungsprozess. Dabei mahnen wir die Institutionen der Europäischen Union an, die 24 EU-Amtssprachen bei Veröffentlichungen und Niederschriften stets zu berücksichtigen.

---

## 4 Europäisches Bewusstsein stärken – Jugend beteiligen, Europa bilden

### Wir fordern:

- Die EU muss Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in allen Mitgliedstaaten gleichberechtigte Bildungschancen garantieren. Politische und digitale Bildung müssen auch außerschulisch ausgebaut und gefördert werden, Erasmus+ ist zu stärken und die Trägerlandschaft ist mit einem Co-Management-Mechanismus zu beteiligen.
- Vor dem Hintergrund der nationalistischen Tendenzen in Europa müssen demokratisch organisierte gesellschaftliche Kräfte gefördert und strukturell gestärkt werden. Bei der Fördermittelvergabe aus öffentlichen Haushalten bzw. den EU-Programmen sollte es deshalb einen Bonus für demokratisch verfasste Jugendorganisationen geben.
- Mit Blick auf die kommende deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist es besonders wichtig, verbindliche Jugendbeteiligung mit Einfluss auf konkrete EU-Gesetzgebung zu organisieren. Die halbjährlich stattfindende EU-Jugendkonferenz muss ein wichtiges Instrument sein, um die Umsetzung der EU-Jugendziele voranzutreiben und den EU-Jugenddialog zu entfalten.
- Die Landesregierungen müssen Grundwissen über die Europäische Union und die europäische Integration in den Curricula aller Schultypen sowie in der universitären Ausbildung verankern. Vermittelt werden müssen die Bedeutung der EU-Entscheidungsebene für viele Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens, die Handlungsmöglichkeiten der EU, ihr Entscheidungssystem sowie ihre Werte und Grundfreiheiten.
- Der Europarat muss als Institution gestärkt und unterstützt werden. Die Mitgliedstaaten des Europarates müssen sich dafür einsetzen, dass die Jugendabteilung als gleichwertiger Bestandteil bestehen bleibt und die finanzielle Unterstützung nicht gestrichen, sondern um 10% erhöht wird, um den drohenden Austritt Russlands abzufedern.

### Umsetzung in den Arbeitsschwerpunkten:

- Wir vernetzen und stärken formale und non-formale Initiativen zur europapolitischen Bildung („Europabildung“) in Deutschland und der EU.
- Wir informieren in Projekten, Veranstaltungen und Publikationen über Europabildungsangebote für Kinder, Jugendliche, Studierende und Berufstätige.
- Wir setzen uns für eine stärkere finanzielle Unterstützung der Jugend durch die EU-Organe ein und unterstützen demokratisch organisierte Jugendverbände dabei, deutsche und europäische Jugendpolitik aktiv mitzugestalten.
- Wir sorgen dafür, dass die Anliegen von Kindern und Jugendlichen in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft berücksichtigt werden.

---

## 5 Vorreiterin bleiben: Gleichstellung auf allen Ebenen

### Wir fordern:

- In der neuen Strategischen Agenda ist im Hinblick auf die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte das Thema Geschlechtergleichstellung aufzunehmen, damit dessen Realisierung in den nächsten fünf Jahren beherzt angegangen werden kann, sowohl gesetzgeberisch als auch durch Zusammenarbeit der EU mit den Mitgliedstaaten im Europäischen Semester/ in der Strategie Europa 2020 und deren Nachfolge.
- Die Spitzenpositionen der EU sind geschlechtergerecht zu besetzen.

- Die neue EU-Kommission soll eine neue und ambitionierte EU-Gleichstellungsstrategie für Frauen und Männer entwickeln, die über die Schwerpunkte „gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit“ sowie „bessere Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf“ hinausgeht. Sie muss dafür sorgen, dass bestehende EU-Rechtsvorschriften zur Gleichstellung von Frauen und Männern von den Mitgliedstaaten auch in die Realität umgesetzt werden. Diese Gleichstellung muss im Spiegel aller Politikfelder der EU stehen.
- Die Bundesregierung muss mit der vollständigen Umsetzung ihrer Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention ein deutliches Signal gegen Gewalt an Frauen und Mädchen setzen. Sie muss ihre gegen die Istanbul-Konvention eingelegten Vorbehalte zurücknehmen und vorbehaltlos allen Frauen Schutz gewähren, die in Deutschland Hilfe benötigen.
- Die neue Kommission soll eine Gleichstellungsstrategie 2020-2030 für Menschen mit Behinderungen analog zur Strategie 2010-2020 entwickeln. Eine belastbare Datenlage über die Situation von Menschen mit Behinderungen in Europa ist unabdingbar. Die neuen Rechtsvorschriften zur Barrierefreiheit von Gütern und Dienstleistungen müssen von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.
- Die Bundesregierung muss ihren grundsätzlichen Vorbehalt gegen die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie und gegen die allgemeine Gleichbehandlungsrichtlinie aufgeben und gemeinsam mit den übrigen Mitgliedstaaten Diskriminierungsschutz für alle Bürgerinnen und Bürger sowie ihre allgemeine Gleichstellungspolitik verbessern.

### Umsetzung in den Arbeitsschwerpunkten:

- Wir unterstützen aktiv die Bemühungen um die Verknüpfung der Gleichstellung mit der Strategie „Europa 2020“ sowie die Einführung und Etablierung einer neuen EU-Gleichstellungsstrategie.
- Wir werben für eine möglichst paritätische Besetzung der EU-Spitzenposten.
- Wir begleiten die Arbeit am Dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung mit Expertise aus den Mitgliedsorganisationen und internationalen Schwesterverbänden.

---

## 6 Soziale und wirtschaftliche Konvergenz stärkt Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit

### **Wir fordern:**

- Um Wachstum im Einklang mit den nachhaltigen Entwicklungszielen zu fördern und neue Arbeitsplätze zu schaffen, müssen die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf Bundes- und Europaebene kluge Investitionen in Bildung, Forschung und soziale Infrastruktur sowie notwendige Strukturreformen in der gesamten Europäischen Union durchsetzen.
- Gemeinsames Ziel in Europa muss es sein, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze für alle jungen Menschen schnell, unbürokratisch und dauerhaft zu gewährleisten. Arbeit muss den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein existenzsicherndes Leben und eine nachhaltige persönliche und berufliche Lebensplanung bieten.
- Nationale Egoismen müssen überwunden werden, um gemeinsame Schritte zur Vertiefung der Fiskal-, der Banken- und der Wirtschafts- und Währungsunion auf Basis der sozialen Marktwirtschaft zu unternehmen. Wir fordern die Einführung EU-weiter Mindestsicherungsstandards im Rahmen der Reform der Wirtschafts- und Währungsunion, um die soziale Kohäsion und soziale Angleichung nach oben („Aufwärtskonvergenz“) zu stärken, da bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union für wirtschaftliche Nachhaltigkeit und politische Stabilität unabdingbar sind.
- Die in der Europäischen Säule sozialer Rechte dargelegten Grundsätze und Rechte, insbesondere auch im Rahmen des Europäischen Semesters, müssen umgesetzt werden. Dabei ist auf Realisierbarkeit dieser Maßnahmen durch die beteiligten Akteurinnen und Akteure z.B. durch die Schaffung guter Rechtsetzung und den Abbau von unnötigen bürokratischen Hürden zu achten.

- Die europaweite Etablierung und Abstimmung eines sozialen Dialogs zwischen Sozialpartnern ist nicht nur auf europäischer Ebene erstrebenswert.

#### **Umsetzung in den Arbeitsschwerpunkten:**

- Wir entwickeln Maßnahmen, die die Debatte zur Reform der Wirtschafts- und Währungsunion in Deutschland vertieft.
- Wir setzen uns gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden im EBD-Netzwerk dafür ein, dass die Sozialpartnerschaft europaweit gestärkt wird. Wir wollen außerdem dafür sorgen, dass mehr Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Mitglied der EMI werden.

---

## **7 Haushalt an gesamteuropäischen Prioritäten bürgernah ausrichten**

#### **Wir fordern:**

- Die Diskussion und Kommunikation während der MFR-Verhandlungen in Deutschland müssen transparenter und faktenbasierter werden. Die positiven, finanziellen Aspekte müssen klarer formuliert werden. Die Nettozahler-Perspektive sollte keine Rolle mehr spielen.
- Der EU-Haushalt muss transparent und für die Öffentlichkeit erkennbar an den gesamteuropäischen Prioritäten ausgerichtet werden. Der EU-Haushalt sollte künftig einen Demokratie-Bonus enthalten. Projekte, die durch demokratisch verfasste Organisationen umgesetzt werden, müssen in ihrer Arbeit stärker unterstützt werden. Dies gilt auch für europaweit demokratisch agierende Organisationen.
- Der MFR muss stärker auf die politischen Anforderungen des nächsten Jahrzehnts ausgerichtet und seine Finanzkraft gestärkt werden. Zudem muss die Mittelvergabe in einer MFR-Periode weiter flexibilisiert werden. Der MFR muss stärker als bisher an die weltpolitische Lage, eine nachhaltige Entwicklung und die soziale Lage in Europa angepasst werden. Wir fordern daher im Hinblick auf diese Prioritäten eine erkennbare Überprüfung der bestehenden Ausgaben.
- Aufgrund neuer gesamteuropäischer Aufgaben muss der Haushalt der Europäischen Union auf über 1% des Bruttonationaleinkommens aufgestockt werden. Parallel müssen die Ausgaben- wie auch die Einnahmenseite des EU-Haushalts optimiert werden. Die EU sollte ihren Haushalt verstärkt aus von den Beiträgen der Mitgliedstaaten unabhängigen Finanzquellen decken. Nationale Rabatte müssen im MFR 2021-2027 abgeschafft werden.
- Bestehende, erfolgreiche Programme müssen mit Fokus auf heute unterdurchschnittlich beteiligte Mitgliedstaaten und Bevölkerungsgruppen ausgeweitet werden, um eine höhere Akzeptanz hervorzurufen und neue Wachstumspotentiale zu erschließen. Durch einen fairen EU-Haushalt kann die Chancengerechtigkeit innerhalb der EU vorangetrieben werden.

#### **Umsetzung in den Arbeitsschwerpunkten:**

- Wir begleiten in engem Dialog mit der Bundesregierung, dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und anderen Institutionen die aktuellen Verhandlungen und Fortschrittsberichte zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027.
- Wir bilden die vielfältigen Interessen v.a. der repräsentativen und gemeinnützigen Mitgliedsorganisationen an einem den europäischen Aufgaben angemessenen Haushalt ab. Wir werden klarstellen, dass der EU-Haushalt nicht national durch eine falsche Nettozahlerdebatte, sondern ganzheitlich betrachtet werden muss. Dazu bringen wir mit Hilfe der Europäischen Bewegung International und unserer Schwesterorganisationen zusätzliche gesamteuropäische Perspektiven auch in Deutschland ein.

---

## 8 Migration und Integration - Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtenden helfen

### Wir fordern:

- Die Europäische Union muss bei der Bekämpfung von Fluchtursachen die gemeinsame Entwicklungszusammenarbeit um eine verstärkte Koordination von Migrations- mit Außen- und Sicherheitspolitik erweitern. Nachbarschaftspolitik muss auf Augenhöhe stattfinden. Handels- und Agrarpolitik müssen fair sein.
- Politisch Verfolgten muss eine sichere Einreise nach Europa ermöglicht werden. Die Verfahren müssen grundlegend reformiert werden und rechtlich bindend sein, um umfassende Solidarität und einheitliche menschenwürdige Standards bei der Aufnahme zu ermöglichen. Die Integration in die Gesellschaft ist zu erleichtern. Das Engagement im Rahmen der humanitären Aufnahme und Resettlements im Rahmen des UNHCRs müssen ausgebaut werden, ein gerechter Ausgleich der Lasten kann nötigenfalls auch finanziell erfolgen.
- Die einzelnen Mitgliedstaaten müssen sich zu ihrer Rolle und Verantwortung bei der Zuwanderung bekennen. Über Zuwanderungsgesetze sollen sie gezielt entsprechend ihres jeweiligen Bedarfs anwerben. Die Potentiale der Migration, bei gleichzeitiger Berücksichtigung personenbezogener und situativer Gegebenheiten, nach Europa müssen deutlicher vertreten und legale Einwanderungswege müssen ausgebaut werden.

### Umsetzung in den Arbeitsschwerpunkten:

- Wir befähigen und animieren unsere Schwesterverbände, in ihrem Land für einen offenen Dialog über eine gemeinsame Flüchtlings- und Asylpolitik zu werben.
- Wir treten aktiv in einen Dialog mit den Wirtschaftsverbänden aus dem EBD-Netzwerk, um gemeinsame Modelle für eine faire Handels- und Agrarpolitik mit Afrika und dem Nahen Osten zu entwickeln.
- Wir verstärken den fachlichen Dialog mit Menschenrechtsorganisationen, um sie zu einem starken Bekenntnis zur europäischen Integration zu bewegen und als Mitglieder zu gewinnen.

---

## 9 Für den Abbau von Grenzen innerhalb Europas

### Wir fordern:

- Für einen besseren Schutz der Schengen-Außengrenzen müssen die Kompetenzen von EUROPOL weiterentwickelt und FRONTEX zu einer gemeinsamen Grenzschutzpolizei unter parlamentarischer Kontrolle durch das Europäische Parlament ausgebaut werden.
- Die EU-Kommission muss sich weiterhin gegen ein dauerhaftes Aushöhlen von Schengen stellen, die Mitgliedstaaten müssen die Grenzkontrollen im Schengen-Raum einstellen.
- Rumänien, Bulgarien und Kroatien müssen zeitnah in den Schengen-Raum aufgenommen werden, wenn alle Kriterien erfüllt sind.
- Die Europäische Kommission und die Bundesregierung müssen dafür Sorge tragen, dass EU-Bürgerinnen und -Bürger unabhängig von ihrem aktuellen Wohnsitz und Arbeitsort nicht in EU-Aus- und Inländerinnen und Inländer unterschieden werden.
- Die Förderung unabhängiger demokratischer und europäisch gesinnter Kräfte muss in allen Beitrittskandidatenländern aber auch in den Ländern des Europarates und Belarus aufrechterhalten und gestärkt werden.

- Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen den Beitrittsprozess mit den südosteuropäischen Ländern stärker vorantreiben, um nachhaltige wirtschaftliche und soziale Kohärenz auf unserem Kontinent herzustellen. Dabei müssen demokratische und rechtsstaatliche Werte eingehalten werden.

#### **Umsetzung in den Arbeitsschwerpunkten:**

- Wir bilden Allianzen, die die uneingeschränkte Wiederherstellung des Schengen-Raums anmahnen.
- Mit unseren Schwesterverbänden im Westbalkan suchen wir den Schulterschluss für glaubwürdige Beitrittsperspektiven der Westbalkanstaaten und sensibilisieren die Öffentlichkeit für Meilensteine und Fortschrittsberichte.
- Wir diskutieren die Bedeutung der inneren für die äußere europäische Sicherheit und die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit in Europa.

---

## **10 Europäische Außen- und Sicherheitspolitik stärken**

#### **Wir fordern:**

- Die Bundesregierung soll nicht nachlassen, im europäischen Verbund für Multilateralismus, Verhandlungslösungen und die Geltung des Völkerrechts einzutreten.
- Die Bundesregierung soll im Zusammenhang mit der anstehenden EU-Ratspräsidentschaft entschlossen alle Möglichkeiten der Weiterentwicklung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ausloten und angehen.
- Die Bundesregierung soll sich für einen ständigen Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat einsetzen und keinen deutschen Sitz beanspruchen.
- Die Bundesregierung soll sich für Mehrheitsentscheidungen im Rat der Außenministerinnen und Außenminister, insbesondere bei akuten Krisenentscheidungen, einsetzen.
- Bei der Umsetzung der vereinbarten Schritte im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik und bei der Stärkung der gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit Europas kommt der Bundesregierung eine Vorbild- und Führungsrolle zu. Mehr europäische Gemeinsamkeit bedeutet höhere Effizienz bei den erforderlichen Verteidigungsausgaben und ebnet so langfristig den Weg hin zu einer europäischen Parlamentsarmee.

#### **Umsetzung in den Arbeitsschwerpunkten:**

- Wir erhöhen mit Stellungnahmen und Dialogveranstaltungen den Stellenwert und die Relevanz der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion im öffentlichen Bewusstsein und unterstützen die Bemühungen der Zusammenarbeit von Streitkräften der EU-Mitgliedstaaten. Dazu suchen wir den Kontakt zu Vertreterinnen und Vertretern der NATO und den militärischen Vertretern der EU27-Botschaften in Berlin.
- Wir setzen uns dafür ein, dass konkrete Schritte hin zu einer „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ/PESCO) bei der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unternommen werden und ermöglichen einen über die sicherheitspolitische Fachöffentlichkeit hinausgehenden Dialog.



- Wir gehen auf die Bundesregierung zu, um unser Format „EBD De-Briefing“ auf Ratstagungen zur EU-Verteidigungspolitik auszudehnen und aktuelle Entwicklungen strukturiert zu diskutieren.
- Wir werben in enger Zusammenarbeit mit unseren Schwesterverbänden für einen ständigen Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat.
- Wir initiieren eine Debatte zur Beziehung zwischen der EU und den Afrikanischen Staaten unter humanitären und handelspolitischen Gesichtspunkten.

---

## 11 Für einen Binnenmarkt der Zukunft

### **Wir fordern:**

- Kommission und Mitgliedstaaten müssen gemeinsame Anstrengungen unternehmen mit dem Ziel, die Lage in ökonomisch zurückfallenden Ländern zu verbessern und insbesondere Jugendarbeitslosigkeit weiter abzubauen.
- Die Europäische Union muss gute Rahmenbedingungen für Wachstum und Investitionen schaffen. Investitionsfinanzierungsmöglichkeiten müssen unter InvestEU gebündelt und ausreichend dotiert werden. Hohe Investitionen in transeuropäische Energie-, Verkehrs- und Breitbandnetze sind nötig.
- Global muss die EU alles tun, um die multilaterale Handelsordnung zu stärken. Die Welthandelsorganisation muss modernisiert und ihre Regeldurchsetzung verbessert werden. Neue Freihandelsabkommen müssen demokratisch und modern gestaltet werden. Handelskriege sind zu verhindern.

### **Umsetzung in den Arbeitsschwerpunkten:**

- Wir thematisieren über unsere Veranstaltungsformate die Relevanz eines starken europäischen Binnenmarktes. Dabei weisen wir auf die Relevanz von ausgewogen ausgehandelten Freihandelsabkommen unter Berücksichtigung der europäischen Werte und des Schutzes der europäischen Bürgerinnen und Bürger hin.
- Im Vorfeld der WTO-Ministerkonferenz in Astana im Juni 2020 leisten wir Debattenbeiträge zu den drängenden Fragen der WTO: Agrarsubventionen, die Liberalisierung im Dienstleistungssektor und Regulierungen im Onlinehandel.

---

## 12 EU-Politiken fit machen für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und des Klimaabkommens

### **Wir fordern:**

- Die Europäische Union muss ihrer Vorreiterrolle im Umwelt- und Klimaschutz weiter gerecht werden. Innovative Kräfte aus Gesellschaft und Wirtschaft müssen gebündelt werden, um gemeinsam Technologievorsprünge zu erreichen.
- Die Europäische Kommission muss eine Umsetzungsstrategie mit Zeitplanung, Zielen und konkreten Maßnahmen zur Einhaltung der Agenda 2030 in allen Politikbereichen der EU vorlegen. Nachhaltigkeit muss dabei als übergreifendes und prioritäres Leitprinzip gelten. Ein wirksamer Wandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten muss jetzt gestaltet werden.

- Die EU-Institutionen und Mitgliedstaaten müssen den politischen Willen vorgeben und die Weichen dafür stellen, dass nachhaltige Finanzierung einfacher und transparenter wird. Insgesamt darf der hohe Regulierungsdruck auf die Kreditinstitute nicht weiter zunehmen. Regulatorische sowie aufsichtliche Eingriffe müssen auf das notwendige Maß beschränkt bleiben.
- Die Umsetzung der europäischen Plastikstrategie muss konsequent verfolgt werden. Gleichzeitig sollte die Europäische Union internationale Abkommen zur Plastikvermeidung abschließen.

#### **Umsetzung in den Arbeitsschwerpunkten:**

- Wir begleiten und analysieren mit Hilfe der Expertise unserer Mitgliedsorganisationen die Entwicklung der EU-Klimastrategie 2050.
- Wir organisieren mit unseren Mitgliedsorganisationen Events, um die Debatte zu den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung und das Klimaabkommen weiter zu beleben.
- Wir begleiten die Erstellung des MFRs und stehen dabei für eine nachhaltige Finanzierungsstrategie ein, die die Einhaltung der Klimaziele unterstützt.

---

## **13 Gute EU-Rechtsetzung braucht Transparenz und Gründlichkeit!**

#### **Wir fordern:**

- Europäische Gesetzgebung in der Gemeinschaftsmethode muss im Sinne einer modernen pluralistischen Demokratie gestärkt und ausgebaut werden. Nationale Europapolitik darf den Standards einer transparenten Rechtsetzung nicht nachstehen.
- Die EU-Institutionen sollten öffentlich dokumentieren müssen, inwieweit sie (a) im Zuge von EU-Gesetzgebungsverfahren über alle Phasen hinweg nationale und europäische Interessen gehört haben und (b) ob/wie Gemeinwohlinteressen berücksichtigt wurden.
- Europäische Gesetzgebung muss einfach, gründlich abgewogen und für die Bürgerinnen und Bürger klar verständlich sein. Sie bildet die Substanz eines gesellschaftlichen Willens und Fortschritts.
- Das Europäische Parlament muss die Vorteile, die ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren in drei Lesungen bietet, unter breiter Beteiligung der gesellschaftlichen Kräfte wieder verstärkt nutzen. Es sollte gesetzlich klar geregelt werden, in welchen Fällen ein Trilogverfahren nötig ist. Das EuGH-Urteil zum Trilog ist vollumfänglich umzusetzen.
- Der Rat und seine Vertretungen müssen die Regeln eines gemeinsamen Lobbyregisters und die Verhaltenskodizes einhalten. Auch nationale Regierungen sollten ihre Positionen und ihr Abstimmungsverhalten im legislativen Prozess zu einem bestimmten Thema mit Begründung offenlegen müssen.
- Die Bundesregierung sollte insbesondere im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020 mit gutem Beispiel vorangehen und auf mehr Transparenz auf allen Ratsebenen hinwirken.

#### **Umsetzung in den Arbeitsschwerpunkten:**

- Im Vorfeld der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 arbeiten wir eng mit der Bundesregierung zusammen, um Verbesserungen im Rat, insbesondere bei der Transparenz von Trilog und der Dokumentation von EU-Gesetzgebung voranzutreiben. Wir werden bei der Bundesregierung für die Veröffentlichung der 4-Spalten-Dokumente werben.

- Wir arbeiten eng mit der Europäischen Bürgerbeauftragten (Ombudsfrau/Ombudsmann) zusammen.
- Wir begleiten die Reform der Europäischen Bürgerinitiative in der deutschen Öffentlichkeit.
- Wir entwickeln gemeinsam mit Transparency International Deutschland ein Veranstaltungsformat, das die Themen Transparenz und Rechenschaftspflicht im europäischen Gesetzgebungsprozess diskutiert.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung analog zu den EBD De-Briefings in Berlin auch die Stakeholder in Brüssel systematisch über die Beratungen im Rat informiert.

---

## 14 Für eine moderne deutsche Europapolitik

### Wir fordern:

- Deutsche Europapolitik muss verlässlich handeln und parlamentarisch wie gesellschaftlich breit verankert werden, damit Deutschland in einem vereinten Europa nachhaltig handlungsfähig ist.
- Die europapolitische Organisationsstruktur und Koordinationsfähigkeit der Bundesregierung müssen gestärkt und erweitert werden. Ressortprinzip und parteipolitischer Egoismus dürfen nicht entscheidend sein. Hierfür fordern wir eine zentrale europapolitische Governanceeinheit, in der Europapolitik kohärent vorangetrieben wird und die sich dem demokratischen Diskurs innerdeutsch und europaweit stellen kann.
- Eine moderne deutsche Diplomatie sollte ihre Expertise zu allen europäischen Partnerländern (und nicht nur zu einigen wenigen Ländern) in die innenpolitische Debatte einbringen. Die Trennung von politischer Innen- und Außenkommunikation ist anachronistisch und zu überwinden. Eine „European Public Diplomacy“, die über staatliche Akteurinnen und Akteure hinausgeht, kann einen strukturierten europaweiten Dialog fördern.
- Um die Kluft zwischen Politik und Gesellschaft in der deutschen Europapolitik zu schließen, sollten Vertreterinnen und Vertreter von demokratischen und repräsentativen Verbänden und Vereinen gemeinsam mit Expertinnen und Experten in die Gestaltung deutscher Europapolitik eingebunden werden.

### Umsetzung in den Arbeitsschwerpunkten:

- Wir fördern einen grenzüberschreitenden gesellschaftlichen Dialog auf allen Ebenen, der es erlaubt, dass nicht nur Regierungen, sondern auch Verbände, Unternehmen, Sozialpartner und weitere Akteure des vopolitischen Raums miteinander kommunizieren. Zu diesem Zweck suchen wir über die EMI den Dialog mit Partnern in ganz Europa.
- Wir intensivieren den Dialog mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages sowie des Europäischen Parlamentes, den Ländern und den Mitgliedsorganisationen, um ein breites und überparteiliches Fundament aus Unterstützern für eine Reform der deutschen Europakoordinierung zu gestalten.
- Wir unterstützen die Bundesregierung bei der Vorbereitung der EU-Ratspräsidentschaft 2020 mit Hilfe einer europäischen Public Diplomacy und sorgen dafür, dass das Präsidentschaftsprogramm auch im strukturiertem Dialog mit den repräsentativen Verbänden in Deutschland entsteht.
- Im Vorfeld der deutschen Ratspräsidentschaft entwickeln wir ein Veranstaltungsformat, das den Dialog der Bundesregierung mit den gesellschaftlichen Kräften zu Zielen, inhaltlichen Schwerpunkten und Meilensteinen etabliert.